

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 25 (1933)
Heft: 5

Artikel: Oesterreichs Gewerkschaften ringen um die Freiheit
Autor: Straas, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352630>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

leistete auch die Arbeiterschaft nicht den erforderlichen Widerstand. Ihre Opposition war im wesentlichen nur eine äussere politische Opposition, während ihre Methoden sich dem herrschenden System anghen. So blieb Deutschland ein preussisch-hohenzollernsches Land, vor allem in dem engstirnigen uneuropäischen Nationalismus, der nur Prestige, Macht und Grenzfrage in der Aussenpolitik kannte.

Hitler und sein erwachendes Deutschland ist deutscher Faschismus, nicht Faschismus schlechthin. Daher seine beispiellose Brutalität, Engstirnigkeit und politische Unvernunft, die ihn in Gegensatz bringt sogar zu jenen, die gerne seine Freunde wären. Er vertritt darin die preussische Ueberlieferung, und er wird in einer Katastrophe enden, gerade weil er sie so rein vertritt.

F. M.

Oesterreichs Gewerkschaften ringen um die Freiheit.

Von E d. S t r a a s, Wien.

Die österreichischen Gewerkschaften und deren Mitglieder haben eine Zeit der Hochspannung. Folgeschwere Ereignisse haben sich vollzogen. Die Eisenbahner waren genötigt, am 1. März einen zweistündigen Proteststreik auf allen staatlichen Bahnlinien zu führen. Alle Züge standen still, tausend an der Zahl. Dieses gewaltige gewerkschaftliche Ereignis löste eine nachhaltige Wirkung aus. Die Ursache dieses Proteststreikes war nicht allein die Ankündigung der Bahnverwaltung, sie würde fortan die Löhnung in drei Raten auszahlen. Diese Unannehmlichkeit wäre für sich allein gewiss nicht eines so hohen Einsatzes der Kraft wert. Es handelte sich um weit mehr. Wie die bestehenden Vorschriften lauten, müssen in solchen Fällen die Personalvertreter gehört werden. So wurde es stets gehalten. Diesmal jedoch nicht. Die Bahnverwaltung missachtete einfach die Personalvertretung. Der Regierung war diese Körperschaft seit langem ein Dorn im Auge. Daher sollte diese Vertretung an die Wand gedrückt werden. In diesem Verhalten erblickten die Eisenbahner mit Recht eine Missachtung, und sie protestierten. Die Koalitionsfreiheit schien den Eisenbahnern dadurch gefährdet. So kam es zum Kampf.

Sodann folgte ein parlamentarisches Vorkommnis, das sich in rascher Folge abspielte. Die Bahnverwaltung bereitete Massregelungen und Bestrafungen vor gegen jene, welche an dem Kampf besonders beteiligt waren. Das Parlament wendete sich in einer ausserordentlichen Sitzung gegen diesen Vorgang. Die Abstimmung ergab eine knappe Mehrheit gegen die Regierung. Ueber die Auslegung der Geschäftsordnung bei der Abstimmung

dieser Frage kam es überraschender Weise zu einer Präsidentsenkenkrise, und es entstand eine Situation, die wohl in keinem Lande in ähnlicher Art zu verzeichnen gewesen sein dürfte.

Nun folgte der weitere Teil der Ereignisse. Die Regierung nahm den Zwischenfall der Präsidentenkrise zum Anlass, den österreichischen Nationalrat vollkommen auszuschalten und auf eigene Faust zu handeln. Der Hader der bürgerlichen Parteien und ihr gemeinsamer Hass gegen die Arbeiterklasse fand nun Gelegenheit, einen alten Wunsch, nämlich eine reaktionäre Aenderung der Verfassung wieder hervorzuholen. Ausserdem sind die politischen Ereignisse in Deutschland für die Regierung sehr verlockend, auch ihrerseits dem Faschismus, verbunden mit klerikalischen Wünschen, eine besondere Verbeugung zu machen. Die Regierung beglückte das Volk mit Notverordnungen, wobei sie sich auf ein längst überflüssig gewordenes Recht in der Kriegszeit berief, auf das sogenannte kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz. Dieses Gesetz diente seinerzeit dazu, die Angelegenheiten der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung zu regeln. Nun soll es benützt werden, alle erdenklichen Angelegenheiten des Staates in eigener Machtvollkommenheit gesetzlich zu verfügen.

Eine Reihe von Notverordnungen ist unter wenigen Tagen erschienen. Sie betreffen die verschiedensten Gebiete, und alle sind einschneidender Natur. Für Gewerkschaften am schwerwiegendsten sind deren vier, jene über die Presse, dann über das Versammlungsrecht, ferner über die Aenderung der Gewerbeordnung und schliesslich eine, die Aufhebung der Kollektivverträge der Bankangestellten betreffend. Die Presse wird jetzt einer sehr strengen Zensur unterworfen, und selbst die während des Krieges bestandene Vorzensur wird wieder eingeführt. Dies bedeutet, dass der Regierung unliebsame Blätter nicht nur beschlagnahmt werden können, sondern infolge einer Zensur vor dem Erscheinen mit mehrstündiger Verspätung hinausgelangen und dadurch dem eigentlichen Zweck, rasch Nachrichten hinauszugeben, nicht mehr entsprechen können, in letzter Linie sogar wirtschaftlich sehr geschädigt sind. Die Verfügung der Vorzensur führte am 25. März zu einem eintägigen Proteststreik der Wiener Zeitungsetzer, welche sich auf diese Art auch ihrerseits gegen eine wirtschaftliche Schädigung durch die Vorzensur schützen wollten. Die Beschlagnahme von Zeitungen erstreckte sich bis zu den Gewerkschaftsblättern, von denen in der letzten Märzwoche drei der Konfiskation verfielen. Die Einschränkung des Versammlungsrechtes äusserte sich darin, dass öffentliche Versammlungen, Aufzüge und Demonstrationen untersagt wurden und selbst die sogenannten §-2-Versammlungen, die sich auf geladene Gäste beziehen, sehr erschwert werden. Es regnete Verbote von Versammlungen, und Konfiskationen der Zeitungen der Arbeiterklasse und der gesam-

ten Linkspresse setzten in einer Form ein, wie sie selbst in der Kriegszeit nicht zu verzeichnen war. So stieg die Spannung unter den Arbeitern und Angestellten. Die Erregung gelangte zum Aeussersten, als die Regierung das aus eigener Kraft zusammengetretene Parlament durch die Polizei an der Tagung verhindern wollte. Die Regierung hat im Sinne, die Verfassung zu «reformieren», richtiger gesagt zu verschlechtern, und das Mitbestimmungsrecht des Volkes einzuschränken. Für die rund 500,000 Arbeitslosen Beschäftigung herbeizuführen, erscheint ihr weniger dringend. Ausserdem melden sich jetzt die Unternehmer mit ihren alten Wünschen nach Verschlechterung der Sozialpolitik und der Sozialversicherung. Sie meinen offenbar, jetzt sei die Zeit dazu besonders günstig.

Die freien Gewerkschaften sind auf den Plan getreten. Sie halten es für ihre Pflicht, Arm in Arm mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei die staatsbürgerlichen Rechte zu verteidigen, die Koalitionsfreiheit zu schützen, die Wiederherstellung der Verfassung zu fordern und die Zurückziehung der Notverordnungen sowie sofortige Arbeitsbeschaffung durch die Regierung zu verlangen. Eine Vorständekonferenz der freien Gewerkschaften vom 11. März erklärte, der gegebenen Situation entsprechend, die geschlossene Kampfbereitschaft, und viele Konferenzen der Betriebsräte und Vertrauensmänner berieten die Einzelheiten des Abwehrkampfes. Die Regierung rechnete mit einem Generalstreik und traf ihre Vorbereitungen zum gewaltsamen Niederschlag. Allein die Arbeiterschaft tat ihr nicht den Gefallen, den Kampf in dem Augenblick zu beginnen, welchen die Regierung für angezeigt hielt. Zusammengezogene freiwillige Formationen, die Heimwehren, versammelten sich in Wien, aber sie mussten wieder abziehen. Sie hatten übrigens ihren eigenen Zweck verfolgt, nämlich dem Führer Starhemberg zur Macht zu verhelfen.

Augenblicklich herrscht in Oesterreich politische Gewitterschwüle. Die Gewerkschaften bestehen auf ihren Forderungen. In der allernächsten Zeit kann es geschehen, dass die Regierung den Funken ins Pulverfass fliegen lässt, und folgenschwere Ereignisse würden sodann eintreten. Der ungewisse Zustand verschärft die Situation. Die Gewerkschaften fiebern gewiss nicht danach, eine wirtschaftliche Katastrophe herbeizuführen, und sie wollen alles tun, was möglich ist, um ohne Anwendung der schärfsten Mittel wieder geordnete Zustände zu schaffen. Aber einmal in die Situation gedrängt, ihre Freiheit zu verteidigen, werden die Arbeiter und Angestellten in Oesterreich in solch einem Notfall nicht davor zurückschrecken, jene Mittel anzuwenden, die sie vor der schlimmsten Zeit bewahren können. Die Arbeiterklasse in Oesterreich ist daher in strengster Bereitschaft, und sie setzt das grösste Vertrauen auf die geschlossene Solidarität der proletarischen Klasse.